

## **Jeffrey Sachs: Der Krieg in der Ukraine und die fehlenden Kontexte und Perspektiven**

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Zain Raza (ZR):** Vielen Dank für Ihr Interesse und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza, und heute unterhalte ich mich mit Professor Jeffrey Sachs über den Krieg in der Ukraine. Jeffrey Sachs ist Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University, an der er den Titel eines Universitätsprofessors trägt, den höchsten akademischen Rang der Universität. Jeffrey Sachs ist außerdem ein renommierter Wirtschaftswissenschaftler, Bestsellerautor, innovativer Dozent und eine weltweit führende Persönlichkeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Jeffrey Sachs ist zudem für seine Tätigkeit als Regierungsberater für Wirtschaftsreformen auf der ganzen Welt sowie für seine Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen in den Bereichen Schulden, Armutsbekämpfung und Seuchenkontrolle bekannt. Jeffrey Sachs, vielen Dank, dass Sie sich heute Zeit genommen haben.

**Jeffrey Sachs (JS):** Es ist mir eine Ehre.

**ZR:** Bevor wir auf den Krieg in der Ukraine eingehen, möchte ich zunächst den Kontext beleuchten und untersuchen, warum die Integration Russlands in die politische und wirtschaftliche Sphäre des Westens scheiterte. Viele ehemalige Gegner der USA, z. B. Japan, Vietnam, Deutschland, konnten entweder wirtschaftlich oder politisch oder in beiden Bereichen integriert werden. Sie verfügen über einen einzigartigen Erfahrungsschatz, da Sie in der Vergangenheit die Wirtschaftsteams des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, des russischen Präsidenten Boris Jelzin und sogar des ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma beraten haben. Warum ist dem Westen die Integration Russlands nicht gelungen oder auch umgekehrt?

**JS:** Die USA wollten Russland in einer Weise integrieren, die der US-Macht untergeordnet ist, während Russland sich als unabhängige Nation integrieren wollte, die ihrerseits eine geopolitische Macht ist. Und das ist das eigentliche Spannungsfeld. Die Vereinigten Staaten

betrachten sich selbst als unipolare Supermacht, als die einzige Supermacht der Welt. Länder, die damit nicht einverstanden sind, vor allem China und Russland, werden von den USA tendenziell als antiamerikanisch und nicht als multipolar wahrgenommen. Dies ist der grundlegende Unterschied. Natürlich hat die amerikanische Mentalität die Ereignisse der späten achtziger und frühen neunziger Jahre überdauert. Der gesamte Kalte Krieg wurde als Konfrontation mit Russland wahrgenommen. Und ich möchte hinzufügen, dass der Hass Großbritanniens auf Russland aus vielerlei Gründen Jahrhunderte zurückreicht. So war Großbritannien schon im 19. Jahrhundert ausgesprochen russlandfeindlich. Und vieles von dem, was wir heute in der Rhetorik und in den britischen Medien erleben, ist eine Art Wiederholung der Paukenschläge des Krim-Krieges in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Man könnte es beinahe humorvoll nennen, wenn es nicht so tragisch und tödlich wäre. Aber viele dieser Punkte und die Rhetorik und Abscheulichkeiten, die man auf den Kommentarseiten selbst von Medien, die ich für anspruchsvoll halte, wie der Financial Times, sieht, sind ziemlich vereinfachend und gehässig und sehr russenfeindlich.

**ZR:** In den neunziger Jahren wurden Sie mit der Durchführung von Wirtschaftsreformen in der ehemaligen Sowjetunion und in Russland beauftragt. Was passierte damals, als Sie um wirtschaftliche Unterstützung für die Durchführung dieser Marktreformenten baten? Wie reagierte man damals in Washington?

**JS:** Ich möchte klarstellen, dass ich nicht mit der Umsetzung von Maßnahmen beauftragt war. Ich bin ein Berater. Ich besaß keine Machtposition. Aber sie sahen in mir einen möglichen Kanal zur westlichen Finanzwelt. Und dementsprechend versuchte ich, eine Verbindung zur westlichen Finanzwelt herzustellen. Und warum? Weil ich der Meinung bin, dass, wenn ein Land in finanzielle Schwierigkeiten gerät, das internationale Finanzsystem diesem Land bei der Überwindung der Schwierigkeiten helfen sollte. Dies ist sowohl eine grundlegende Frage der Moral und Ethik als auch eine Win-Win-Lösung für die globale Zusammenarbeit. Mein Vorbild in diesem Bereich ist John Maynard Keynes, der 1919 das berühmte Buch Krieg und Frieden: Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles schrieb. Er argumentierte, dass der Versailler Vertrag mit Deutschland zu einer zukünftigen Katastrophe führen würde. Es ist eines der prophetischen Bücher des 20. Jahrhunderts. Als Student und Praktiker der Finanzwirtschaft habe ich mich an John Maynard Keynes orientiert: Sei nicht gehässig zu einer besiegten Macht oder zu einem vom Unglück verfolgten Land. Die Dinge wiederholen sich, sie kommen und gehen. Und wenn es jemandem an einem Tag schlecht ergeht, kann es am nächsten Tag schon schlecht für einen selbst sein. Kooperation ist besser. Anfang der 1990er Jahre habe ich versucht, westliche finanzielle Unterstützung für Gorbatschows Reformen zu mobilisieren - völlig erfolglos. Dann bat mich das Team von Präsident Jelzin darum. Bei der Mobilisierung von Unterstützung war ich ebenfalls völlig erfolglos. Im Grunde genommen nicht aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus, denn die wirtschaftliche Grundlage meiner Tätigkeit ist gut. Sie war zu der Zeit gut. Was ich für Polen in finanzieller Hinsicht empfohlen hatte, wurde angenommen, weil Polen auf unserer Seite war, und ich empfahl einen Schuldenerlass.

Ich schlug eine Notfall-Stabilisierungsfinanzierung vor, die auch funktionierte. Es war nicht nur eine Theorie, es funktionierte. Als ich also dasselbe für Russland empfahl, dachte ich: Gut, ich habe bereits gezeigt, dass diese Ideen sinnvoll sind- und so ist es auch. Aber Washington lehnte sie ab, nicht aufgrund der wirtschaftlichen Debatte, wie es manchmal dargestellt wurde, sondern aufgrund der Geopolitik. Das heißt, ja, Polen ist auf unserer Seite, natürlich helfen wir, aber Russland ist auf der anderen Seite. Daher unterstützen wir sie natürlich nicht. So einfach ist das.

**ZR:** Lassen Sie uns zu einer grundlegenden Debatte über die Ukraine kommen, die in den deutschen Konzernmedien nicht geführt wurde. Wir haben zu diesem Thema zahlreiche Experten wie Noam Chomsky, Chris Hedges, Vijay Prashad und Peter Kuznick befragt, daher wäre Ihre Meinung ebenfalls interessant. Entnazifizierung und Entmilitarisierung wurden vom russischen Staat als Rechtfertigung für den Krieg in der Ukraine angeführt. Halten Sie diese Gründe für legitim?

**JS:** Im Kern geht es um den Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Russland. Dieser Konflikt geht auf das Jahr 1992 zurück, als die Neokonservativen die amerikanische Außenpolitik übernahmen. Ursprünglich waren das Rumsfeld, Cheney und Wolfowitz in der Regierung von George W. Bush senior. Aber es gibt noch zahlreiche Neokonservative. Madeleine Albright war eine Neokonservative. Hillary Clinton war eine Neokonservative. Victoria Nuland, die während des Maidan 2014 stellvertretende Außenministerin war, ist jetzt Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten. Sie ist eine Neokonservative. Die Außenpolitik der USA, die 1992 begann, zielte auf die Dominanz der USA ab, die manchmal auch als "Full Spectrum Dominance" bezeichnet wird. Die USA verfolgten das Ziel, durch militärische, finanzielle, wirtschaftliche, technologische und andere Mittel ihre Gegner und Widersacher weltweit auszuschalten und die geopolitische Vorherrschaft zu übernehmen. So sah es 1992 aus, da hieß es: Wer könnte es mit uns aufnehmen?! Russland ist am Boden. China ist ein armes, ländliches Land. Natürlich war das nie realistisch. In der gesamten Menschheitsgeschichte wurde die Welt nie von einem einzigen Land beherrscht, obwohl es natürlich auch mächtige Imperien gab. Aber es wird immer Rivalitäten geben und in gewisser Weise immer Multipolarität. Und das gilt besonders für das 21. Jahrhundert. Russland hat sich unter dem Einfluss der USA nicht gebeugt. China noch weniger. Ich würde sagen, beide sind der Ansicht: Nein, wir wollen keine unipolare Welt unter der Führung der USA. Die USA haben in den 1990er Jahren mit der NATO-Erweiterung mit der Umsetzung dieser Strategie begonnen. Jeder, der die Akten kennt, weiß, dass es sich nicht nur um eine lockere Formulierung handelte, sondern dass es eine entschlossene Politik Deutschlands und der Vereinigten Staaten war, Gorbatschow zu versprechen: Keine NATO-Erweiterung nach Osten. Und zwar nicht nur in den Osten, in die DDR, sondern in den ganzen Osten. Vieles von dem, was jetzt gesagt wird, ist also nur die übliche Interpretation der US-Regierung. Aber das Archivmaterial ist tatsächlich sehr umfangreich. Mitte der 1990er Jahre erklärte Clinton das Gleiche gegenüber Jelzin. Nein, nein, wir brauchen ein Partnerschaftssystem. Es wird keine NATO-Erweiterung geben. Aber dann setzte Madeleine Albright die

neokonservative Agenda durch: Wir erweitern die NATO. Und das führte zu einer großen Spaltung innerhalb der USA, denn es gibt einige normale, nicht neokonservative US-Amerikaner, zu denen auch ich gehöre, die sagten: Nein, die NATO-Erweiterung ist eine schlechte Idee. Und Bill Perry, der Verteidigungsminister von Clinton, wäre beinahe aufgrund dieser Problematik zurückgetreten. George Kennan, unser bedeutendster Staatsmann und Gelehrter des 20. Jahrhunderts in Bezug auf Russland, bezeichnete dies als den neuen Kalten Krieg. Das sagte er bereits im Jahr 1997. Dann folgten viele Ereignisse. Die von den USA angeführte Allianz bombardierte 1999 Belgrad, zerschlug Serbien absichtlich als Teil ihrer Geopolitik und zog gemäß den Ideen der Neokonservativen in den Krieg gegen alle Verbündeten Russlands im Nahen Osten, stürzte Saddam Hussein, stürzte Gaddafi und versuchte, Assad zu stürzen. Es handelte sich um eine sehr expansionsorientierte Periode der USA; Billionen von Dollar wurden für expansionsorientierte Kriege ausgegeben. Die USA waren 2014 an dem erfolgreichen Versuch beteiligt, Janukowitsch zu stürzen. Das ist völlig eindeutig, auch wenn wir nicht alle Einzelheiten kennen. Wir wissen eine Menge und ich selbst weiß aus eigener Kenntnis viel über diese Ereignisse. Die USA beteiligten sich am Sturz eines ukrainischen Präsidenten, der im Grunde genommen pro-russisch gesinnt war und versuchte, durch die Neutralität der Ukraine eine Art stabiles Gleichgewicht zwischen den beiden Seiten zu wahren: Ja, wir befürworten den Westen. Ja, wir wollen die Beziehungen zu Russland aufrechterhalten. Dieses Gleichgewicht ist sehr fragil, denn die USA drängen auf die NATO-Erweiterung, und Russland sagt: Nein, zum Teufel. Und genau das ist passiert. Janukowitsch wurde gestürzt und eine westukrainische, sehr nationalistische Regierung an die Macht gebracht. Und in diesem Moment tat Putin das, wovor er George Bush Junior auf dem Gipfel in Bukarest 2008 gewarnt hatte. Putin sagte zu George Bush: "Ihr erwidert die NATO, wir holen uns die Krim zurück. Tun Sie das nicht." Aber die USA hörten nicht auf ihn. Also kam es zu diesem direkten Zusammenstoß, zum Krieg im Donbass. Und dann wurden leider die Minsker Vereinbarungen verletzt. Deutschland und Frankreich sollten die Bürgschaft übernehmen. Aber ich weiß nicht, ob Frau Merkel, die Bundeskanzlerin, sich jetzt als Entschuldigung exponiert oder sagt, was sie damals gedacht hat, aber es ist furchtbar. Was wir wissen, ist, dass die Ukrainer von den Minsker Vereinbarungen zurückgetreten sind - nachdem sie sie unterzeichnet hatten. Meine Freunde sagen: "Jeff, wie konntest du jemals erwarten, dass wir das einhalten? Das ist Unsinn." Ich antwortete: "Doch, ihr habt ein Abkommen." "Oh, eine Vereinbarung. Und wir sollen das einfach so hinnehmen." Und Deutschland war der Garant dafür. Uninteressiert. In der Zwischenzeit flossen Milliarden Dollar an Rüstungsgütern aus den USA. Ende 2021 sagte Putin zu Biden: "Schauen Sie, hier sind die roten Linien, und die rote Linie Nummer eins ist die NATO-Erweiterung." Bei weitem, nebenbei bemerkt. Und die USA sagten: "Darüber werden wir nicht verhandeln. Unsere Tür steht offen." Was eine lächerliche Vorstellung ist. Wir reden hier nicht über Handel. Wir reden über Militärbündnisse. Was bedeutet diese offene Tür von Militärbündnissen in der Geschichte, dass es uns gleichgültig ist, mit wem unsere Nachbarn verbündet sind, wo die Militärbasen sind, welche Waffen sie haben? Das ist eine verrückte Rhetorik, bedauerlicherweise, so provokativ und gefährlich. Die Invasion begann im Februar 2022, aber der Krieg, das sollte jeder verstehen, begann im Februar 2014. Der Krieg hat nicht

im Februar 2022 begonnen, und das ist nicht die Reaktion des Westens. Die Vereinigten Staaten haben 1992 die Vereinbarungen, die sie mit Gorbatschow getroffen hatten, gebrochen. Und warum? Weil sie dachten, sie könnten es. Das ist alles.

**ZR:** Für mich ist es offensichtlich, dass Sie Verständnis für die Rolle des Westens aufbringen. Aber in den deutschen Medien und im politischen Diskurs würde dies schnell als Rechtfertigung des Krieges oder als Verbreitung russischer Propaganda bezeichnet werden. Warum glauben Sie, dass es für westliche Medien und Politiker so schwierig ist, zwischen dem Verständnis unserer Rolle in diesem Konflikt, welches uns möglicherweise helfen könnte, aus unseren Fehlern zu lernen und eine bessere Außenpolitik für die Zukunft zu entwickeln, und der Rechtfertigung von Russlands Aktionen zu unterscheiden?

**JS:** Wir brauchen Diplomaten. Leider haben wir in Deutschland und in den Vereinigten Staaten im Moment keine Diplomaten, weil die Außenministerin Deutschlands und das Außenministerium der Vereinigten Staaten keine Diplomatie betreiben. Sie führen Krieg. Das ist etwas anderes. Diplomatie bedeutet, dass man sich zusammensetzt und mit seinem Gegenüber über diese Probleme berät. Ich wurde eingeladen, einen Vortrag anlässlich des G20-Treffens auf Bali im vergangenen Jahr zu halten. Ich sagte ihnen: "Sie sind Diplomaten, treffen Sie sich mit Ihrem Gegenüber." Ich glaube nicht, dass Außenministerin Baerbock sich mit Außenminister Lawrow getroffen hat, obwohl sie sich im selben Raum aufhielten. Wir benötigen Diplomatie. Es gibt keinen Ausweg aus dieser Misere ohne Diplomatie. Und wenn die Diplomaten sich als Kriegsminister betätigen wollen, dann sollten wir diejenigen, die Diplomaten sein wollen, in die Diplomatie einbinden. Und wir brauchen diesen Dialog. Ich stehe täglich im Dialog mit mehreren Seiten. Ich höre den Standpunkt der Russen, ich höre die Türkei als Vermittler. Ich höre von den Ukrainern. Ich höre von den westlichen Regierungen. Ich höre von den Vereinigten Staaten. Ich höre von Brasilien, China und anderen. Es gibt wichtige Standpunkte, die erklärt werden müssen. Und das geschieht keineswegs. Und die Medien haben ihre Funktion vergessen. Es ist nicht die Aufgabe der Medien, anonyme hohe Beamte zu zitieren. Das ist nicht ihre Aufgabe. Die Rolle der Medien ist es, zu hinterfragen, Zweifel zu äußern, schwierige Fragen zu stellen, Autoritäten in Frage zu stellen, denn es ist nicht überraschend, dass unsere Regierungen im Kriegsfall Märchen erzählen. Sie wollen Narrative präsentieren. Sie wollen Fakten verbergen. Sie wollen harte Wahrheiten verbergen. Aber die Medien, wozu sind die Medien da? Geht es nur um Werbeeinnahmen? Geht es nur um die Möglichkeit, mit einem hohen Regierungsbeamten eine Tasse Kaffee zu trinken? Oder geht es darum, Kritik zu üben und Zweifel zu äußern? Wo sind die deutschen Medien zum Beispiel in Bezug auf Nord Stream? Hier wurde ein wichtiger Teil der Infrastruktur in die Luft gesprengt - ich glaube, höchstwahrscheinlich von den Vereinigten Staaten oder Großbritannien, aber auf der westlichen Seite: Schweigen, Stille. Als ich dies im amerikanischen Fernsehen erwähnte, wurde ich sofort unterbrochen. Übrigens deuten alle Indizien in diese Richtung. Schweden - unfassbar - erklärt: "Wir haben ermittelt, aber wir werden die Ergebnisse unserer Ermittlungen nicht mit Deutschland teilen." Bundestagsabgeordnete fordern: "Wir wollen die Fakten wissen." Die deutsche Regierung

sagt: "Nein, die Fakten dürfen nicht bekannt werden. Es handelt sich um eine Sicherheitsfrage." Sollen wir das hinnehmen?! Wir nennen uns Demokratien?! Und das ist das Niveau des Diskurses?! Es gibt eine Vielzahl von Medien, und Sie sind ein Teil davon, und das ist großartig. Wir führen eine wunderbare offene Diskussion und vertreten Standpunkte, die in den Leitmedien nur sehr schwer zum Ausdruck gebracht werden können. Aber diese Leitmedien sind auf Abwege geraten. Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie enttäuscht ich jeden Tag von der The New York Times bin. Denn ich bin mit der The New York Times aufgewachsen und habe sie aufgrund der Pentagon Papers gelesen, weil sie die Unwahrheiten über Vietnam aufdeckte und die Lügen der Nixon-Regierung entlarvte. Jetzt ist sie nur noch ein Sprachrohr für die Regierung. Man erfährt nichts anderes. Ich kann nicht einmal einen Meinungsartikel auf Seiten veröffentlichen, an denen ich wahrscheinlich in vielen Fällen den Hauptbeitrag geleistet habe. Denn die Leitmedien haben das Bewusstsein für ihre Aufgabe völlig verloren. Das ist absolut beunruhigend und befremdlich.

**ZR:** Ich möchte mit Ihnen einige Gegenargumente diskutieren, die üblicherweise angeführt werden. Zum Beispiel: Die NATO war ebenfalls in Polen und Lettland stationiert, die an Russland grenzen, und diese Länder haben einigermaßen friedlich koexistiert. Die NATO hat keine Intervention geplant. Und das zweite Gegenargument lautet: Die Ukraine ist ein unabhängiger und souveräner Staat und hat das Recht, Militärvereinbarungen mit anderen Staaten, und der NATO, zu treffen. Was würden Sie auf diese beiden Argumente antworten?

**JS:** Zunächst einmal würde ich sagen, dass die NATO oft eine aggressive Kraft darstellt, beinahe eine Expeditionsmacht der amerikanischen Außenpolitik. Die Bombardierung Belgrads im Jahr 1999 war völlig ungerechtfertigt. Die Maßnahmen, die die NATO in Libyen ergriffen hat, waren meiner Meinung nach völlig ungerechtfertigt und gingen weit über das Mandat der Vereinten Nationen hinaus. Und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten basiert auf Regimewechsel. Wie viel Vertrauen kann es also noch geben, insbesondere nach Ereignissen wie auf dem Maidan? Die Vereinigten Staaten sind kein Land, das Frieden sucht. Sie sind ein Land, das nach Macht strebt. Es überrascht vielleicht nicht, dass mir kluge Zyniker sagen: "Ist das nicht immer der Fall?" Und vielleicht ist es das auch. Aber lassen wir uns nicht von der verwendeten Rhetorik täuschen. Die Vereinigten Staaten haben Dutzende von Regierungen gestürzt. Sie haben definitiv zum Sturz von Janukowitsch beigetragen. Sie haben definitiv versucht, al-Assad in Syrien zu stürzen und haben den Krieg dort maßgeblich provoziert. Ich weiß dies aus erster Hand, nicht nur aus externer Perspektive. Ich möchte also nur klarstellen, dass ich von hochrangigen Leuten weiß, was ich hier gerade diskutiere. Die Idee eines friedliebenden Bündnisses ist also nicht gleichbedeutend mit einem Militärbündnis. Es ist ein Militärbündnis, das militärischen und geopolitischen Zwecken dient, und es sollte Zurückhaltung üben. Ich bin übrigens der Meinung, dass die NATO hätte aufgelöst werden sollen, als der Warschauer Pakt von Gorbatschow aufgelöst wurde, nur um das klar zu sagen. Das ist meine eigene Meinung. Wir hätten zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übergehen sollen. Wir hätten zu einer europäischen Sicherheitsvereinbarung übergehen sollen. Doch das haben wir nicht getan, weil die

Neokonservativen in den Vereinigten Staaten sagten: "Okay, jetzt ist unsere Chance gekommen." Ich war kürzlich auf einer Konferenz in Osteuropa, zu der ein NATO-Sprecher kam. Es ähnelte einer Star-Wars-Veranstaltung. Er war in voller Uniform und im Hintergrund war ein Bildschirm installiert, und er sprach über die entscheidende Rolle, die die NATO in der Region des Schwarzen Meeres spielt, und dass sie für Eurasien entscheidend sein wird - oder so ähnlich. Ich sagte: "Oh mein Gott, was ist das? Das ist ja fast wie eine Karikatur. Das interessiert mich nicht." Ich war übrigens auf einer Wirtschaftskonferenz. Ich möchte keine NATO-Beamten auf einer Wirtschaftskonferenz erleben. Dies ist also ein wirklich wichtiger Punkt. Und da es sich um ein Militärbündnis handelt, kann man nicht einfach entscheiden, mit wem man ein Militärbündnis eingeht. Es gibt ein Konzept, das als externe Effekte bezeichnet wird und besagt, dass die eigene Entscheidung nachteilige Folgen für den Nachbarstaat haben kann. Sollten die USA einen NATO-Stützpunkt im Asowschen Meer haben? Russland sieht das nicht so. Übrigens bin ich auch nicht dieser Meinung. Ich halte es für unklug, und ich halte es für unklug seitens der Ukraine, nicht anzuerkennen, dass sie sich in einem heiklen Balanceakt befindet und umsichtig und vorsichtig sein sollte. Und ich lebe und erlebe - ich sehe den Erfolg von Neutralität an vielen Orten. Sagen wir es mal so. Und meiner Meinung nach sollte man in dieser Welt vorsichtig vorgehen und erkennen, dass Militärbündnisse gefährlich sind, weil sie oft zu Kriegen führen. Wir sollten diese Militärbündnisse nicht eingehen. Wir sollten keine Militärbündnisse in Asien aufbauen, um China entgegenzuwirken. Das sind gefährliche Provokationen. Wenn Sie wirklich eine historische Analogie suchen, dann ist es vielleicht 1910. All diese Allianzen wurden aufgebaut, und dann wurde 1914 ein Stolperdraht überquert, und die Welt war nie mehr dieselbe. Das sollten wir vermeiden.

**ZR:** Im Dezember letzten Jahres gab es viele Stimmen, die sich für die Diplomatie aussprachen, so auch der französische Präsident Macron. Sogar Präsident Biden, die deutsche Bundeskanzlerin, telefonierte Berichten zufolge sogar eine Stunde lang mit Putin. Wie kommt es, dass sich die Stimmung seit Beginn des neuen Jahres völlig verändert hat? Zum Jahresbeginn sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, und ich zitiere ihn hier: "Waffen sind - in der Tat - der Weg zum Frieden." Jetzt werden alle möglichen Waffen, von Fahrzeugen über Artillerie bis hin zu Patriot-Verteidigungssystemen, an die Ukraine geliefert. Und das Vereinigte Königreich hat mit der Entsendung der Challenger-Zweikampfpanzer den Einsatz noch erhöht. Alle Augen sind jetzt auf Berlin gerichtet. Der ganze Druck liegt auf Berlin. Morgen findet ein Treffen statt. Alle Verteidigungsminister treffen sich auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein, wo erwartet wird, dass Deutschland irgendwann dem Druck nachgibt und ebenfalls Kampfpanzer, den so genannten Leopard 2, schickt. Welchen Rat würden Sie den Leitern dieser Konferenz geben, wenn Sie ebenfalls daran teilnehmen würden? Und glauben Sie, dass fortschrittliche Offensivwaffen das Kriegsgeschehen verändern könnten?

**JS:** Der Rat, den ich den Führungskräften geben würde, lautet: Setzen Sie sich hin und beginnen Sie mit den Gesprächen. Das gilt vor allem für Präsident Biden und Präsident Putin.

Und wie können wir einen Ansatz verfolgen, der nicht auch Verhandlungen beinhaltet? Das ist unfassbar. Es ist interessant. Der Vorsitzende des Generalstabs, unser oberster General in den Vereinigten Staaten, Mark Milley, äußerte sich dahingehend, dass es jetzt an der Zeit sei, zu verhandeln. Am nächsten Tag sagte Victoria Nuland, unsere neokonservative Chefin im Außenministerium: "Nein, keine Verhandlungen." Das Ziel ist es, jede Möglichkeit der Diskussion zu unterdrücken. Das einzige erlaubte Narrativ ist der Krieg. Verhandlungen, die nicht einmal in Erwägung gezogen werden dürfen. Abgesehen von all den Waffensystemen und allem anderen, sollten offene Verhandlungen geführt werden. Und nebenbei bemerkt, und das ist eindeutig, erklärte Bundeskanzler Scholz zu Putin anfangs Folgendes: "Die NATO wird sich unter meiner Aufsicht nicht erweitern." Die Antwort lautete: "Ja, Sie sind Bundeskanzler von Deutschland, aber was ist mit der NATO selbst? Wie lange werden Sie noch ein Teil sein?" Und die Angelegenheit ist sehr einfach. Es handelt sich in erster Linie um ein von den USA geführtes Bündnis. Es handelt sich um ein 30-jähriges US-Projekt zur Erweiterung der NATO. Die einzigen Worte von Präsident Biden dazu sind: Die Tür steht offen. Die Vereinigten Staaten wiederholen bei jeder Gelegenheit, dass die Ukraine ein Mitglied der NATO sein wird. Die Europäer könnten Biden unmissverständlich mitteilen: "Ihr habt uns in eine schreckliche Zwickmühle gebracht. Ihr zerstört unsere Industrie, ihr bringt uns dem Krieg näher. Und das alles im Zusammenhang mit etwas, das überhaupt nicht hätte passieren dürfen, nämlich der Absicht, die NATO zu erweitern." Als dies 2008 zur Debatte stand, war Deutschland dagegen. Frankreich war dagegen. Das weiß ich. Ich habe damals mit den führenden Politikern gesprochen. Aber sie äußern es nicht öffentlich. Sie geben die Wahrheit nicht zu. Und die Medien verdrängen diese Ereignisse. Meine Empfehlung lautet also: Offene Verhandlungen.

**ZR:** Zu meiner letzten Frage. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind seit Beginn des Krieges 7000 Zivilisten getötet worden, darunter 433 Kinder. Zuletzt wurden 30 bis 40 Zivilisten beim Einschlag einer russischen Rakete in ein Hochhaus in der Stadt Dnipro getötet. Da Russland und auch die Ukraine nicht Unterzeichner des Internationalen Strafgerichtshofs sind, forderte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock kürzlich die Einrichtung eines Sondertribunals in Den Haag, das die russische Führung für ihre Verbrechen in der Ukraine belangen sollte. Es handelt sich also um eine zweiteilige Frage. A) Sollte der Westen die Rolle der moralischen Instanz spielen? Und B) Wird ein Sondertribunal dazu beitragen, den Konflikt zu lösen und Gerechtigkeit zu schaffen?

**JS:** Nein und nein. Es handelt sich nur um eine Provokation. Lassen Sie uns diesen Krieg beenden. Wir müssen begreifen, dass beide Seiten an diesem Krieg beteiligt sind, dass es enorme westliche Provokationen gab, dass Kriege schrecklich enden - aber von beiden Seiten geführt werden -, dass es sehr viel Propaganda gibt, wie wir sagen würden, und dass ein großer Aufruhr entsteht und dergleichen mehr. Lassen Sie uns also ernsthafte Verhandlungen führen. Und offen gesagt, brauchen wir etwas Diplomatie von Deutschland. Diplomatie, das bedeutet, sich mit den russischen Partnern zusammzusetzen, zu reden, zu lernen, zu verstehen und einen Weg zum Frieden zu finden.



**ZR:** Jeffrey Sachs, Bestsellerautor und renommierter Wirtschaftswissenschaftler, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

**JS:** Schön, bei Ihnen zu sein. Ich weiß es zu schätzen.

**ZR:** Und vielen Dank, für Ihr Interesse heute. Bitte folgen Sie unseren alternativen Kanälen auf Rumble und Telegram. Youtube blockiert unsere Inhalte, unsere Informationen erreichen Sie nicht mehr, sollten Sie nicht zu den alternativen Kanälen wechseln. Und bitte spenden Sie, auch wenn es nur 1\$ über PayPal oder Patreon ist. Ihr Beitrag wird uns helfen, unseren unabhängigen Journalismus fortzusetzen. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza, bis zum nächsten Mal.

**ENDE**